



## Gruppe im Kreistag Göttingen

Göttingen, den 14.02.2012

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir möchten Sie bitten, folgenden Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen auf die Tagesordnung des Kreistages am 29. Februar zu setzen:

### **Bildung eines Unterausschusses „Gebiets- und Aufgabenstruktur in Südniedersachsen (Kreisfusion)“ des Ausschusses für Personal, Organisationsentwicklung, Integration und Gleichstellung**

Der Kreistag möge beschließen:

Es wird ein Unterausschuss „Gebiets- und Aufgabenstruktur in Südniedersachsen (Kreisfusion)“ des Ausschusses für Personal, Organisationsentwicklung, Integration und Gleichstellung eingerichtet. Somit ist die direkte organisatorische Anbindung an den Landrat gewährleistet. Das Gremium umfasst fünf stimmberechtigte Mitglieder des Kreistages, zwei beratende Mitglieder der Verwaltung. Für jedes Mitglied ist eine Stellvertretung zu benennen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Koordination des Unterausschusses zu übernehmen.

Der Unterausschuss soll den Prozess der angestrebten Fusion mit den Landkreisen Northeim und Osterode am Harz, unter Einbeziehung der Stadt Göttingen, querschnittsmäßig begleiten. Die Verwaltung/der Landrat unterrichtet den Unterausschuss laufend über die Fusionsverhandlungen mit den anderen beiden Landkreisen auf Grundlage des vom Kreistag beschlossenen Eckpunktepapiers (siehe Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen zur Kreistagssitzung am 29.02.2012: „Verhandlungen zur Kreisfusion: Verhandlungsmandat und Eckpunkte“).

Eine weitere wichtige Aufgabe des Unterausschusses ist die Erarbeitung von Vorschlägen für den Prozess der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung auf breiter politischer Basis, welche dem Kreistag vorgelegt werden.

### **Begründung**

Die angestrebte Fusion des Landkreises Göttingen mit den Landkreisen Northeim und Osterode am Harz ist ein zentrales Zukunftsprojekt, welches aufgrund der demographischen Entwicklung, der Zersplitterung der politischen Kräfte und der Ineffizienz mehrerer Verwaltungseinheiten nebeneinander sowie der Verschuldung sinnvoll und notwendig ist.

Es besteht eine einmalige Chance, in Südniedersachsen einen Standortkonsens herzustellen, die politischen Kräfte zu bündeln und die kommunale Selbstverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger zu stärken und zudem eine Entschuldung zu erreichen.

Durch den Unterausschuss ist sichergestellt, dass alle Kreistagsfraktionen bzw. Gruppen über die Fusionsverhandlungen aus erster Hand informiert werden. Hier besteht die Möglichkeit, interfraktionell und somit auf breiter politischer Basis, Vorschläge für den Prozess der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung zu erarbeiten, die schließlich dem Kreistag vorgelegt werden.